

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0825/2022**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 09.05.2022

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - AI -/1032
Verfasser/-in: Vera Strobel - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -, Christopher Nübel - SPD-Fraktion -, Ali Al-Dailami und Melanie Tepe - Fraktion Gießener LINKE -

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts-, Digitalisierungs- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

**Beitritt der Stadt Gießen zum Bündnis „Gesundheit für alle in Hessen“,
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Gießener LINKE vom
06.05.2022 -**

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen tritt dem Bündnis ‚Gesundheit für alle in Hessen‘ bei. Mit dem Beitritt zum Bündnis unterstützt die Universitätsstadt Gießen die gemeinsamen Forderungen nach einem anonymen Behandlungsschein und landesweiten Clearingstellen.“

Begründung:

Bei dem vom Medinetz Gießen und Medinetz Marburg e.V. gegründetem Bündnis mit dem Titel „Gesundheit für alle in Hessen“ handelt es sich um eine landesweite Initiative. Der gemeinsame Aufruf lautet:
Gesundheit ist ein Menschenrecht, zu dem in Deutschland nicht alle Zugang haben. In Deutschland leben ca. 61.000 Menschen ohne Krankenversicherung (Statistisches Bundesamt 2020), laut Ärzte der Welt (2020) ist die Dunkelziffer deutlich höher.

Sie alle sind von Prekarisierung und Armut betroffen. Sie suchen Ärzt*innen meist erst dann auf, wenn dies unvermeidlich geworden ist. Eine frühzeitige Diagnose und entsprechende Therapie wird dadurch versäumt. Daraus resultieren Notfälle, stationäre Aufenthalte und chronifizierte Beschwerden, die vermeidbar und zusätzlich kostenintensiv sind. Die Verantwortung für dieses Problem liegt auf politischer Ebene. Das Land Hessen hat keine Lösung für die Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung. Vorhandene lokale Projekte sind spenden- sowie

ehrenamtsabhängig und stellen eine lückenhafte Parallelstruktur dar. In der jetzigen Situation ist das Menschenrecht auf Gesundheit, zu dem sich Deutschland unter anderem mit dem UN-Sozialpakt Art. 12 verpflichtet hat, nicht gewährleistet.

Wir fordern die Landesregierung auf, schnellstmöglich Maßnahmen für eine flächendeckende und umfassende Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung in Hessen zu ergreifen und damit diese klaffende Lücke im Gesundheitssystem zu schließen. Wir fordern einen vertraulichen Zugang zum Gesundheitssystem für Menschen ohne Krankenversicherung sowie umfassende Beratungsmöglichkeiten. Wir fordern den Anonymen Behandlungsschein Hessen (ABSH) und Clearingstellen in Hessen, das heißt:

- einen Fonds der Landesregierung von jährlich mindestens 1.500.000 Euro für anonyme medizinische Behandlungen sowie Medikamenten-, Labor- und Sprachmittlungskosten
- flächendeckende Vergabestellen für den ABSH in Hessen
- flächendeckende Clearingstellen (Stellen für die Beratung zur Eingliederung in eine reguläre Krankenversicherung)
- eine zentrale Koordinierungsstelle, u. a. für Verwaltung des Fonds. Diese steht unter erweitertem Geheimnisschutz, das heißt Schweigepflicht
- ausreichende personelle und finanzielle Mittel für die Arbeit in Vergabe-, Clearing- und Koordinationsstellen (jährlich rund 1.700.000 Euro).

Als Vorschlag zur Umsetzung der Forderungen wird auf das Konzept der Medinetze Gießen und Marburg verwiesen. Ohne eine ausreichende und langfristige Finanzierung sowie anonyme und flächendeckende Vergabe und Beratung (Clearing) werden bestehende Lücken im Gesundheitssystem verfestigt! Die Einführung eines Anonymen Behandlungsscheins und der Aufbau von Clearingstellen in Hessen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Erfüllung des Menschenrechts auf Gesundheit in Deutschland.

Vera Strobel
Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen

Christopher Nübel
SPD-Fraktion

Ali Al-Dailami, Melanie Tepe
Fraktion Gießener LINKE